



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 321-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.1497

Eingereicht am: 27.11.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Zimmerli (Bern, FDP) (Sprecher/in)
Hess (Nidau, FDP)
Elsaesser (Kirchberg BE, FDP)
Riem (Wichtrach, FDP)
Hegg (Lyss, FDP)
Plüss-Zürcher (Boll, FDP)
Kohler (Spiegel b. Bern, FDP)
Flück (Interlaken, FDP)

Weitere Unterschriften: 4

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 449/2026 vom 06. Mai 2026
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Besorgniserregende Schliessungen bzw. Verlagerungen von Pharma- und MedTech-Betrieben im Raum Bern

Der Kanton Bern verfügt in der wertschöpfungsstarken Life-Sciences-Branche über bedeutende Unternehmen und hochqualifizierte Arbeitsplätze. Jüngste Entwicklungen zeigen jedoch, dass dieser Standortvorteil nicht selbstverständlich ist. Der Verlust mehrerer Hundert Stellen in kurzer Zeit wirft grundlegende Fragen zur Standortattraktivität und zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten auf. Eine strategische Standortförderung ist entscheidend, um die Innovationskraft und die Wertschöpfung in diesem Bereich zu sichern.

In den vergangenen Monaten wurden mehrere einschneidende Entscheide im Berner Pharma- und Medtech-Sektor bekannt:

1. Der Pharmakonzern Johnson & Johnson prüft die Schliessung des Standorts seiner Tochterfirma Janssen Vaccines in Bern-Bümpliz. Bis zu 300 Arbeitsplätze in der Impfstoffproduktion könnten verloren gehen.¹
2. Die CSL Behring verlagert ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilung von Bern nach Zürich. Rund 300 hochqualifizierte Stellen sind betroffen, während die Produktionsstätte im Wankdorf bestehen bleibt.²

¹ Bei Berner Impfstoffherstellerin zittern 300 Angestellte um Job | Handelszeitung

² CSL-Behring verschiebt Forschung und Entwicklung von Bern nach Zürich | Der Bund

3. GlaxoSmithKline verlegt ihre Büros von Münchenbuchsee nach Zug. 80 Mitarbeitende müssen künftig pendeln oder den Arbeitsort wechseln.³

Diese Entwicklungen bedeuten einen erheblichen Verlust an qualifizierten Arbeitsplätzen im Kanton Bern und werfen Fragen zur Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts auf. Neben den unmittelbaren Auswirkungen für die betroffenen Arbeitnehmenden und ihre Familien sind auch mittelbare Folgen für Zulieferbetriebe, lokale Geschäfte und die Steuererträge zu erwarten.

Der Regierungsrat wird deshalb um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Häufung von Standortverlagerungen und Schliessungsabsichten im Pharma- und Medtech-Bereich in der Region Bern?
2. Welche konkreten Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um den Verbleib bestehender Unternehmen und Arbeitsplätze in diesem Sektor zu sichern?
3. Welche Strategien verfolgt der Kanton Bern, um neue private Arbeitsplätze in der Life-Sciences-Branche (Pharma, Medtech) zu schaffen und neue Unternehmen anzusiedeln?
4. Inwiefern ist der Regierungsrat in die laufenden Konsultations- und Entscheidungsprozesse der genannten Unternehmen eingebunden, und welche Einflussmöglichkeiten bestehen?
5. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, die Standortförderung und die Rahmenbedingungen für forschungs- und entwicklungsintensive Branchen gezielt zu stärken, um künftige Abwanderungen zu verhindern?

Antwort des Regierungsrates

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Häufung von Standortverlagerungen und Schliessungsabsichten im Pharma- und Medtech-Bereich in der Region Bern?*

Der Regierungsrat bedauert jeden Wegzug von Unternehmen und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen ausdrücklich. Dementsprechend nimmt er die bekannt gewordenen Standortentscheide und Prüfungen von Pharma- und Medtech-Unternehmen in der Region Bern mit grosser Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Diese Branchen sind für den Kanton Bern aufgrund der hohen Wertschöpfung, der attraktiven Arbeitsplätze und der vielen wichtigen Spillover-Effekten (Zulieferer, Dienstleistungen, Forschungspartnerschaften) von strategischer Bedeutung. Die Häufung von Standortverlagerungen ist ein ernstzunehmendes Signal, führt aber nicht automatisch zur Schlussfolgerung, dass der Standort Kanton Bern an Attraktivität verloren hat.

Es ist festzuhalten, dass Standortentscheide international tätiger Konzerne häufig vor allem durch globale Faktoren beeinflusst werden (u. a. Konzernstrategie, Konzentration von F&E-Standorten, F&E-Strategieänderungen, Marktentwicklungen, regulatorische Anforderungen, Kostenstruktur und Talentverfügbarkeit). So ist beispielsweise die Schliessung der Impfstofffabrik von Janssen die Folge eines Entscheids auf Stufe des Mutterkonzerns Johnson & Johnson und hat keinen direkten Zusammenhang mit der Standortattraktivität des Kantons Bern. Das Gleiche gilt für den Entscheid von CSL-Behring.

³ Entlassungen in Bern: Pharmafirmen bauen ab | Der Bund

Gleichwohl erscheint es angezeigt, die aktuellen Entwicklungen auch im Kontext der standortpolitischen Rahmenbedingungen des Kantons Bern zu betrachten. Standortentscheide werden in der Regel durch ein Zusammenspiel globaler, nationaler und regionaler Faktoren beeinflusst. Entsprechende Indikatoren, welche die strukturellen Herausforderungen des Kantons Bern im Vergleich mit anderen Life-Science-Standorten in der Schweiz aufzeigen, sind dem Regierungsrat bekannt und werden sorgfältig beobachtet. Speziell zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch steuerliche und raumplanerische Rahmenbedingungen, die der Kanton direkt beeinflussen kann. Diesbezüglich wurden bereits Massnahmen umgesetzt (vgl. Antwort auf die Frage 5) und weitere sind vorgesehen bzw. in Bearbeitung.⁴

2. Welche konkreten Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um den Verbleib bestehender Unternehmen und Arbeitsplätze in diesem Sektor zu sichern?

Der Regierungsrat und insbesondere die zuständige Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU) pflegen einen partnerschaftlichen und offenen Dialog mit den im Kanton ansässigen Unternehmen. Entsprechend wurden die zuständigen Fachstellen der WEU bereits im Vorfeld über die geplanten Schritte der Unternehmen informiert. Der Regierungsrat verfolgt auch weiterhin das Ziel, die Entscheidungsgrundlagen der Unternehmen zu verstehen, Handlungsoptionen auszuloten und allfällige Alternativen zu prüfen (z. B. Teilweiterführung, Umnutzung, Kooperationsmodelle). So ist die WEU beispielsweise bei der Suche nach einem Nachfolgeunternehmen am Standort der Firma Janssen aktiv im Prozess involviert.

3. Welche Strategien verfolgt der Kanton Bern, um neue private Arbeitsplätze in der Life-Sciences-Branche (Pharma, Medtech) zu schaffen und neue Unternehmen anzusiedeln?

Die Stärkung und Entwicklung der Branche Life Sciences und speziell der Medizinaltechnik sind ein wichtiges strategisches Ziel der Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026.⁵ Der Inselcampus ist dabei zentral und insgesamt gedeihen die Schlüsselprojekte des Medizinalstandorts Bern zielgemäss. So entwickeln sich die Sitem-insel AG, das Diabetes Zentrum, die Abteilung der CSEM AG und die anderen neuen Kompetenzzentren der medizinischen Fakultät der Universität Bern und des Inselspitals weiterhin plangemäss. Der Sitem StartUp Club (SSC)⁶ betätigt sich aktiv in der Ansiedlung und Entwicklung von vielversprechenden Medtech-Startups und hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Die Insel Gruppe ist im Transformationsprozess (neue, moderne Gebäude, Digitalisierung und neue prozessorientierte Organisation) im schweizweiten Vergleich weit vorne positioniert und befindet sich in einer erfolgreichen Konsolidierungsphase. Die Finanzmittel «Lehre & Forschung» der Universität Bern an das Universitätsspital konnten durch den Regierungsrat unter entsprechender Erhöhung der Staatsbeiträge mit kantonalen Mitteln für die Jahre 2025 und 2026 um jeweils 10 Millionen Franken erhöht werden. Damit wird sichergestellt, dass der Umfang der klinischen Studien auf hohem Niveau gehalten werden kann. Es wird aber auch in den nächsten Jahren Investitionen des Kantons in die Innovationsfähigkeit des Medizinalstandorts brauchen. Neben den öffentlichen Mitteln für die universitäre Forschung der medizinischen Fakultät und der Kliniken des Inselspitals bestehen auch dank dem revidierten Innovationsförderungsgesetz neue Möglichkeiten, die es gezielt zu nutzen gilt, soweit dies die sich verschlechternden finanzpolitischen Perspektiven erlauben.

Angesichts der grossen Investitionen an anderen Medizinalstandorten in der Schweiz und in anderen Ländern und dem anhaltenden Vorstossen der ETH in den Medizinbereich gestaltet sich

⁴ Steuerliche Entlastungen der Unternehmen sind im Rahmen der Steuerstrategie vorgesehen. Raumplanerische Massnahmen sind im Rahmen der Umsetzung der aktiven Flächenpolitik vorgesehen (vgl. Grossratsbeschluss vom 29. November 2023).

⁵ Engagement 2030 → Strategisches Ziel Innovations- und Investitionsstandort → Entwicklungsschwerpunkt «Führender Medizinalstandort»

⁶ Where MedTech Startups thrive - Sitem Startup Club

jedoch die Zielsetzung des Kantons, ein international führender Medizinalstandort zu werden, als noch ambitionierter, als sie zu Beginn der Legislaturperiode schon war. Der Regierungsrat wird daher diese strategische Zielsetzung für die nächste Legislaturperiode auf Basis eines konkreteren Zielbilds mit Indikatoren überprüfen und gegebenenfalls im Rahmen der der neuen Richtlinien der Regierungspolitik aktualisieren.

4. *Inwiefern ist der Regierungsrat in die laufenden Konsultations- und Entscheidungsprozesse der genannten Unternehmen eingebunden, und welche Einflussmöglichkeiten bestehen?*

Wie bereits in der Antwort auf die Frage 2 erwähnt, unterhält der Regierungsrat einen offenen und partnerschaftlichen Dialog mit den im Kanton ansässigen Unternehmen. In privatwirtschaftlichen Konsultationsverfahren und Entscheidungsprozessen ist der Regierungsrat nicht Verfahrenspartei, kann aber unterstützend wirken und wichtige Kontakte koordinieren.

5. *Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, die Standortförderung und die Rahmenbedingungen für forschungs- und entwicklungsintensive Branchen gezielt zu stärken, um künftige Abwanderungen zu verhindern?*

Der Regierungsrat hält an seiner Strategie fest, die Attraktivität des Kantons Bern als Innovations- und Investitionsstandort zu steigern. Einige der dazugehörigen Massnahmen wurden bereits umgesetzt. Insbesondere bestehen mit den im Kanton Bern in vollem Umfang eingeführten STAF-Massnahmen⁷ «Sonderabzug für Forschung und Entwicklung» sowie «Patentbox» attraktive steuerliche Möglichkeiten für forschende Unternehmen, den kantonalen Gewinnsteuersatz substantiell zu reduzieren. Die Steuerbelastung von Gesellschaften, die von den STAF-Massnahmen profitieren, ist damit vergleichsweise wettbewerbsfähig. Dem Regierungsrat ist aber bewusst, dass im Kanton Bern insbesondere bei der ordentlichen Gewinnsteuerbelastung Handlungsbedarf besteht (vgl. dazu auch die Steuerstrategie des Kantons Bern ab 2023, insb. Kapitel 4.5).

Die Verbesserung der Standortattraktivität und der regulatorischen Rahmenbedingungen ist eine Daueraufgabe. Abwanderungen können dabei nicht in jedem Fall verhindert werden, dies gilt insbesondere für internationale Konzerne mit Hauptsitz/Entscheidungszentren in anderen Ländern. Ebenso wenig kann der weltweite Strukturwandel verschiedener Branchen, wie beispielsweise in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, aufgehalten oder relevant beeinflusst werden.

Verteiler
– Grosser Rat

⁷ [Umsetzung der STAF im Kanton Bern - TaxInfo - Kanton Bern](#)